

Christian Baldauf, MdL
Vorsitzender der CDU-Fraktion
im Landtag von Rheinland-Pfalz

Redebeitrag zur Plenarsitzung zu Tagesordnungspunkt 2
3. Plenarsitzung, Donnerstag, 17. Juni 2021

Rede von Christian Baldauf zur Regierungserklärung
der Ministerpräsidentin Malu Dreyer

Unkorrigiertes Redemanuskript

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist: Redebeginn

17.06.2021

1. Herausforderungen (PG) (inkl. 2. Antisemitismus und 3. Bewertung Koalitionsvertrag)

Anrede,

man sagt, einschneidende Erfahrungen im Leben, Schicksalsschläge, verändern Menschen und zwingen zum Nachdenken.

Corona war, ist eine solch erschütternde Erfahrung für die Gesellschaft. Wir haben erlebt, dass Sicherheit kein Normalzustand ist. Die Pandemiesituation hat aber auch etwas in Gang gesetzt.

- Wir haben gelernt, dass wir das Gesundheitswesen nicht chronisch unterfinanzieren oder vorrangig auf Effizienz trimmen dürfen.
- Dass wir unsere Infrastrukturen krisenfest aufstellen, Vorsorge treffen müssen.
- Uns ist neu bewusstgeworden, wie entscheidend verlässliche Bildung für unsere Kinder ist, damit sie nicht zu Verlierern der Pandemie werden. Denn sie sind das Beste, was wir in unserer Gesellschaft haben.
- Und wir haben erkannt:
- Die Bewältigung der Pandemien und des Klimawandels, verändern die Aufgaben von Politik und Staat.

Anrede,

führen wir uns vor Augen, wie anders das Leben vor nur zehn Jahren war. Dann können wir ungefähr ermessen, welche weiteren Entwicklungen und Neuerungen in ungeheurer Geschwindigkeit in den nächsten zehn Jahren auf unser Bundesland zukommen.

In nahezu allen Bereichen ist von einem Veränderungs-, von einem Modernisierungs- oder Transformations-Jahrzehnt die Rede. Und deshalb tragen gerade in dieser Legislaturperiode Landesparlament und Regierung eine besonders große Verantwortung.

Anrede,

zur Politik gehört der Respekt vor der Entscheidung der Wählerinnen und Wähler.

Der Regierungsauftrag ging im März an die SPD. Ihnen, Frau MP Dreyer – wie auch allen wieder oder neu in den Landtag gewählten Kolleginnen und Kollegen – von dieser Stelle aus in der ersten Aussprache meinen Glückwunsch.

Die politische Macht, die gewählten Repräsentanten verliehen ist, verpflichtet: Gut für die Menschen in unserem Bundesland Rheinland-Pfalz zu entscheiden. Darauf vertrauen Bürgerinnen und Bürger. Dieser Gestaltungsauftrag gilt nicht allein nur für die Gegenwart, für heute. Er gilt genauso für die Zukunft.

Denn wir können keine gute Politik machen, wenn wir nicht den drängenden Impuls spüren, unseren Kindern und Enkeln eine bessere Welt zu hinterlassen. Wohin wollen wir als Land? Den Grundstein dafür legen wir in dieser Legislaturperiode.

Uns allen zusammen, Regierung wie Fraktionen, ist in einer schwierigen Zeit viel Verantwortung für dieses Bundesland anvertraut worden. Die CDU-Fraktion wird diese Verantwortung mit Optimismus, mit Zukunftsoptimismus leben.

- Kraftvoll
- Kreativ
- Kritisch

Anrede,

viele Menschen, auch Jüngere, viele Jugendliche, Arbeitnehmer, Unternehmer sehen ihre Lebensplanung, ihre beruflichen Perspektiven in der Gesellschaft zunehmend als unsicher an.

Hier liegt eine unserer wichtigsten Aufgaben: Den Menschen mehr Sicherheit und neue Freiheit zu geben, nicht negative Stimmungen zu befeuern.

Wir leben in einer Zeit, die uns drängt,

- Lebensgewohnheiten,
- gesellschaftliche Grundvorstellungen,
- wie wir arbeiten, konsumieren, produzieren,
- grundlegend zu hinterfragen.

Zugleich ist Klimapolitik Pflicht. Alle Staaten, weltweit, stehen vor der epochalen Herausforderung, der Erderwärmung entgegenzutreten.

Den Wandel so zu gestalten,

- dass er verträglich und vereinbar mit wirtschaftlichen und sozialen Zielen ist, den Wandel so zu gestalten, dass
- das Gebälk unserer fragilen Gesellschaft nicht reißt,
- die Rasanz der Veränderungen unsere Bürgerinnen und Bürger nicht überfordert,
- sondern im Wandel neuer Zusammenhalt, neue Chancen erwachsen
- bei gleichzeitiger Wahrung des inneren Friedens und der inneren Sicherheit,

sehe ich als die größte Aufgabe an, die vor uns liegt.

Gerade weil wir so viele Hebel umlegen müssen, birgt dieses „Modernisierungsjahrzehnt“ Risiken. Für das Individuum wie für die Gesellschaft als Ganzes.

Wolfgang Schäuble hat die Tage in einem Interview ausgeführt, wie sehr Soziale Medien grundlegend Öffentlichkeit verändern (Focus, 05.06.21). Die Zersplitterung durch die neuen Kommunikationsmöglichkeiten berge zwar unbestritten Vorteile, es gehe aber auch „gemeinsamer Debattenraum“ unweigerlich verloren.

Anrede,

Beteiligung, Diskussion, auch leidenschaftlicher Streit in der Sache – sind vital für eine freiheitliche Demokratie. Diese hält eine hohe Bandbreite kontroverser Meinungen aus. Aber nicht auf Dauer Verleumdungen, Desinformation und Hass.

Die Würde des Menschen ist unantastbar – das ist die Grundlage unserer Freiheitsordnung. Die gilt es immer wieder aufs Neue zu sichern gilt.

Anrede,

wir Deutsche tragen für das Existenzrecht Israels eine besondere Verantwortung. Deshalb blicken wir stets mit Sorge auf die Lage im Nahen Osten.

Aber - den Nahostkonflikt tragen wir nicht in Deutschland aus. Immer wieder spielen sich auf unseren Straßen und vor Synagogen hässliche Szenen ab. Münster, Berlin, Bonn, Gelsenkirchen, Neukölln, Ulm.

Antisemitische Straftaten haben einen neuen Höchststand erreicht. Im vergangenen Jahr wurden 2351 Fälle erfasst. 16 Prozent mehr als im Vorjahr.

Eine besorgniserregende Entwicklung. Jeder antisemitische Vorfall ist einer zu viel.

Die Fahnen des Staates Israel zu verbrennen,

- gegen Juden zu hetzen,
- ihnen den Tod zu wünschen
- und jüdische Einrichtungen zu bedrohen -

dahinter steckt die krude Wahnvorstellung, dass es Menschen, Glaubensgruppen gibt, die weniger wert sind, die zerstört werden sollen.

Juden werden angegriffen, nur, weil sie Juden sind.

Anrede,

Antisemitismus ist Menschenhass.

Wir hatten in der Fraktion zu Gast...

Beispiele aus dem Alltag:

Es ist unerträglich, dass sich viele Jüdinnen und Juden in ihrem Alltag bei uns bedroht fühlen.

- Wenn das Wort „Jude“ als Schimpfwort verwendet wird, etwa auf Sportplätzen.
- Wenn Kinder in ihrer Klasse gemobbt werden.
- Wenn der Zentralrat der Juden im Internet, auf Facebook, drastisch beschimpft, verleumdet wird.
- Wenn jüdische Mitbürger erst kurz vor dem Betreten der Synagoge ihre Kippa aus der Hosentasche ziehen, weil sie sich nicht trauen, sie vorher aufzusetzen.

- Wenn – wie kürzlich geschehen - eine israelische Fahne an einem Gebäude in Deutschland abgenommen wird, weil man glaubt, sonst der Lage nicht Herr zu werden,

ist das ein Armutszeugnis für unser ganzes Land. Und genau das falsche Signal!

Anrede,

wenn ein Jude mit seiner Kippa durch die Straße laufen will, hat er jedes Recht dazu!

Jeder, der in Deutschland lebt oder leben will, muss das verstehen, verstehen lernen, oder gehen, wenn er es nicht verstehen will. Antisemitismus und Einbürgerung schließen sich aus!

Die Sichtbarkeit jüdischen Lebens in Deutschland ist selbstverständlich. Für diese Selbstverständlichkeit einzutreten und gegen jede Form und Variante von Antisemitismus zu kämpfen - bleibt unser aller Aufgabe. In dieser und in folgenden Legislaturperioden.

Denn, Anrede,

ob analog oder digital - eine wehrhafte Demokratie muss sich wehren!

Durch das Internet sind die Möglichkeiten für Extremisten unendlich groß geworden, sich zu vernetzen, auf verschiedensten Kanälen Sympathisanten in ihre Fänge zu ziehen.

Anrede,

es gibt kein Recht, seine Meinung mit Verunglimpfung und Volksverhetzung kundzutun.

Eine wehrhafte Demokratie kämpft

- gegen Enthemmung im Netz,
- gegen Gewaltbereitschaft auf der Straße.
- gegen extremisches Demonstrationsgeschehen
- gegen politisch motivierte Kriminalität,

Konsequente Strafverfolgung sichert Freiheit!

Anrede,

zum Koalitionsvertrag - der Grundlage der Regierungsarbeit in dieser
Legislatur.

Ehrlich gesagt, ich rechnete schon damit, dass wieder einmal die Re-
gierung den „Aufbruch“ ausruft.

Und tatsächlich – 2021 geht die „Koalition des Aufbruchs und der Zu-
kunftschancen“ an den Start.

Für alle, die noch nicht so lange dabei sind:

Wir brechen in RLP seit 2001, als es um „Zeiten des Umbruchs und des
Aufbruchs ging“ mit dieser Landesregierung immer wieder auf.

Um wie 2006 „Gemeinsam den Aufbruch zu gestalten“. Oder den
Wandel. Oder um – wie 2016 – „Auf den Weg ins nächste Jahrzehnt“
aufzubrechen. Hauptsache Aufbruch.

Wenn ich den Koalitionsvertrag durchlese, frage ich mich aber, ob die
neue Landesregierung wirklich die Ernsthaftigkeit der vor uns liegen-
den Aufbruchjahre erkannt hat.

Gut, zumindest gibt man sich zukunftsgerichtet – die Rheinzeitung hat das Wort Zukunft in der ein oder anderen Form 204 Mal im Text gezählt: Zukunftsrat für nachhaltige Entwicklung, Zukunftsschule, daneben noch Transformationsakademie, Innovations- und Transformationsagentur usw.

Bis auf wenige Felder bleibt diese Zukunft allerdings merkwürdig vage. Waghalsig aber die Ankündigungen:

1. Unterricht

Frau Ministerpräsidentin, gestern haben sie gesagt:

„In diesem Veränderungsjahrzehnt kommen die Schulen der Zukunft aus Rheinland-Pfalz“.

Und wie sieht die Zukunftsschule konkret aus? Schauen wir auf das Grundlegendste, den Unterricht: Wir erfahren lapidar:

„Schulen brauchen genügend Stunden“.

Was heißt das in der Praxis? Es fehlen Lehrerinnen und Lehrer. Über 7 Prozent des Unterrichts können nicht planmäßig erteilt werden. Daran wollen Sie in Ihrem Koalitionsvertrag nichts ändern.

Heißt: In Rheinland-Pfalz wird Unterricht auch in Zukunft nicht verlässlich erteilt. Die CDU setzt sich aus guten Gründen für eine Unterrichtsversorgung von 105 % eingesetzt - unter Beachtung der Schuldenbremse.

2. Schulsozialarbeit

Wir lesen im Koalitionsvertrag vom „Ausbau der Schulsozialarbeit“. Und von „mehr Schulsozialarbeit“ - so vage, dass Sie, Frau Ministerpräsidentin, es gar nicht mehr gewagt haben, dies noch in ihrer Rede konkret zu erwähnen.

Insgesamt kommt auf 1000 Schüler gerade mal ein Sozialarbeiter! Gerade wegen Corona ist dies in allen Schulen wichtig, der Bedarf hat extrem zugenommen. Hier geht es wirklich um Zukunft, um die individuelle Zukunft von Kindern und darum, ihnen Chancen zu geben.

3. Schwimmunterricht

Die Koalition preist „flächendeckenden Schwimmunterricht für Kinder an“. Sehr gut! Wäre da nur nicht das Problem, dass die Finanzierung von Schwimmbädern offenbleibt.

„Daher wollen wir die Kommunen hierbei weiterhin intensiv unterstützen, um den vorhandenen Bäderbestand durch Neubauten sowie kontinuierliche Sanierung und Modernisierung zu sichern.“

Die CDU hat dies beziffert. Wir wollen 125 Millionen Euro in die Sanierung der Schwimmbäder geben unter Beachtung der Schuldenbremse und, wo kein Schwimmbad zeitnah erreichbar, in den Bau von Lehrschwimmbädern – damit unsere Kinder sicher schwimmen lernen.

4. Straßenbau

Worthülsen auch im Straßenbau: Koalition: „Wir werden das Landesstraßen- und das Radwegebauprogramm insgesamt auf hohem Niveau fortschreiben.“

Wieder keine Festlegung auf Beträge. Aus gutem Grund. Denn de facto sind die Straßenbaumittel aufgrund der Baukostensteigerung der vergangenen Jahre sogar gesunken! Preisbereinigt geht es hier immerhin um zehn Prozent.

Dass Sie Straßen erst einmal erhalten wollen, klingt gut. Doch in der Praxis sind es häufig neue Bauten, die die Verkehrsströme besser leiten können. Hier vertreten wir eine dezidiert andere Meinung: Ohne eine Weiterentwicklung unserer Straßen-, Schienen- und Wasserwege geht es nicht!

5. Investitionen

Laut Koalitionsvertrag will die Ampel die „*Investitionen auf dem hohen Niveau fortführen*“. RLP ist aber Schlusslicht bei der Investitionsquote. Kaum ein Bundesland investiert weniger in die Infrastruktur. Bei Ihnen bedeutet „*Hohes Niveau*“, dass die Infrastruktur immer schlechter wird.

Anrede,

für ein zukunftsfähiges RLP brauchen wir aber dringend das Gegenteil, nämlich einen Investitionsschub!!!!

6. Biotechnologie

Mal im Ernst - ist Ihr Eintreten für den Biotechnologiestandort Rheinland-Pfalz wirklich glaubwürdig?

Jahrelang haben Sie Biontech stiefmütterlich behandelt, der Mainzer Oberbürgermeister von der SPD – und auch möglicher MP-Nachfolge Kronprinz – hat Schwierigkeiten, einen Biotechnologie-Campus im Umfeld von Biontech zu entwickeln.

Und Ihr grüner Koalitionspartner bekämpft jede Form von Gentechnik. Ist dies ein vertrauenserweckendes Szenario für Ansiedlungen neuer Unternehmen oder Biotech-Startups? Stehen Sie an der Seite Ihres grünen Koalitionspartners oder auf Seite der forschenden Wissenschaftler? Ohne Biotechnologie kein veganes Schnitzel.

7. Krankenhäuser und Gesundheitsdienst

Die Koalition:

„Wir werden die Investitionsfördermittel für die Krankenhäuser in den nächsten Jahren erhöhen.“

Klare Aussage - fehlt. Rheinland-Pfalz braucht dringend einen neuen Krankenhausplan für die Strukturentwicklung. Der Plan 2019-2025 enthält allenfalls "kosmetische Korrekturen".

So können unsere Krankenhäuser den Herausforderungen der Zukunft eben nicht gerecht werden! Die CDU hätte unter Einhaltung der Schuldenbremse eine Soforthilfe gegen die Schließung kleiner Häuser in Höhe von 100 Millionen Euro ausgezahlt.

Die Koalition:

„Den öffentlichen Gesundheitsdienst werden wir auf allen Ebenen auf den Prüfstand stellen, um ihn für künftige Gesundheitslagen leistungsstark und effizient auszurichten.“

Ja, Frau Ministerpräsidentin, dann tun sie das doch endlich! Wir warten seit Jahren darauf. Richten Sie ein Landesgesundheitsamt ein, geben sie den Kommunen Mittel zur besseren Finanzierung der Gesundheitsämter!

8. Kommunen und Innenstädte

Apropos Kommunen und Städte

Frau Ministerpräsidentin, Sie erklären im Vertrag:

„Wir wollen einen bedarfsgerechten Kommunalen Finanzausgleich entwickeln, der sich klar an den Vorgaben des Verfassungsgerichtshofes orientiert.“

Ihr Ernst? Das wäre in der Tat ein echter Aufbruch!

Anrede,

ist Ihnen klar, was wir da gerade erfahren? Die Regierung ist zur Abwechslung tatsächlich mal bereit, sich an die Landesverfassung zu halten! Ich zitiere die Rheinzeitung:

„Diese Formulierung wäre allerdings überflüssig, wenn sie sich in den vergangenen Jahren einfach an das jetzt so als selbstverständlich gepriesene Konnexitätsprinzip gehalten hätten. Dann hätte das Verfassungsgericht den Finanzausgleich nicht gleich mehrfach gekippt.“

Anrede,

es kann doch nicht sein, dass es in Rheinland-Pfalz Kommunen gibt, die - wie das Beispiel Kaiserslautern zeigt - alleine so viele Schulden haben wie alle baden-württembergischen und bayerischen Kommunen zusammen.

Die bisherige Antwort der Landesregierung darauf lautet, dass der Stadtrat von Kaiserslautern die Grundsteuer um rund 50 Prozent anheben soll. Marode Schulen, baufällige Schwimmbäder, löchrige Straßen und Radwege:

Wir hoffen, wir fordern, dass das kommunale Investitionsdefizit ein Ende findet, damit in zehn Jahren die Menschen wirklich weiter in einem lebenswerten Rheinland-Pfalz leben können!

Anrede,

schon vor Monaten forderte die CDU ein Sofortprogramm „Attraktive Innenstädte“, um die Kaufkraft in dort wieder zu erhöhen. Das war mit Ihnen nicht zu machen!

Wir plädieren für:

- Zwei zusätzliche verkaufsoffene Sonntage – auch ohne konkreten Anlass.
- Dass Kommunen in die Lage versetzt werden, leerstehende Immobilien in Innenstadtlagen für eine Übergangszeit anzumieten, um Leerstand und die damit einhergehende Abwärts Spirale zu vermeiden. Hier können Kulturangebote geschaffen werden.

Liebe Ampel-Koalitionäre,

Sie haben nur die Oberzentren in den Blick genommen. Was ist mit Daun, Betzdorf, Andernach und Bad Dürkheim? Die sträfliche Vernachlässigung der Klein- und Mittelstädte muss ein Ende haben. Unser Programm "Attraktive Innenstädte" hätte allen geholfen und zwar sofort!

9. Polizei

Sie schwärmen: „Unsere Polizei wird auch weiter hervorragend ausgestattet sein.“ Mit diesem Satz ernten Sie in vielen Polizeidienststellen im Land wahlweise Tränen oder Gelächter. Bei der Ausstattung fängt es schon im Kleinen an, wenn im Winter Pullover fehlen oder über eigene Mobilgeräte verfügen.

Und während die CDU sich positioniert: „Wir wollen die Heilfürsorge einführen. Denjenigen, die bereits im aktiven Dienst sind, räumen wir eine Wahlmöglichkeit zwischen der Heilfürsorge und der bisherigen Beihilfe ein.“

Heißt es windelweich bei der Koalition:

„Die Einführung der Heilfürsorge wird auf einen größtmöglichen Nutzen für die Polizeibeamt: innen einerseits und ihre Haushaltsverträglichkeit andererseits untersucht.“

Was dürfen wir uns darunter vorstellen?

10. Sexueller Missbrauch von Kindern

Ich begrüße es, dass der Koalitionsvertrag das Thema sexuelle Gewalt gegen Kinder anspricht. Ich denke, wir sind uns in diesem Hause absolut einig, dass dieses abscheuliche Verbrechen härtestes Handeln des Staates aber auch der Gesellschaft erfordert.

Leider bleibt der Koalitionsvertrag auf halbem Wege stehen. Ein Zukunftsvertrag, der nichts konkret zur Akquise von IT-Spezialisten, zu mehr Staatsanwälten und Ermittlern sagt, der vernachlässigt den zentralen Bereich der Ermittlung.

Wir wissen doch alle, dass es eine Mammutaufgabe ist, insbesondere die widerwärtigen Dinge, die über das Darknet vertrieben werden und denen vielfach schlimmste Missbrauchsfälle an Kindern, zum Teil sehr kleinen Kindern, vorausgehen, nachzuverfolgen, aufzuklären und dann zur Anklage zu bringen. Das geht nur mit einem gewaltigen Ermittlungsaufwand. Dazu braucht es viel qualifizierte Manpower und eine Ausweitung der polizeilichen Kompetenzen.

Bei der Menge an Daten, um die es hier geht, brauchen wir die Vorratsdatenspeicherung.

Kinderschutz statt Täterschutz, das ist meine klare Leitlinie. Nur leider ist Datenschutz auch oft Täterschutz.

11. Wissenschaft

Koalition:

„Wir werden die neu entstehenden Universitäten auf ihrem Weg begleiten und unterstützen, damit sie ihre Forschungsprofile innovativ und zukunftsweisend ausbilden können.“

Blumige Worte, die aber nicht über die Sorgen und Nöte vor Ort hinwegtäuschen. Weil Sie sich um die Zukunft der bald eigenständigen Universität Koblenz sorgen, haben die Dekane der vier Fachbereiche erst Ende Mai wieder einen Offenen Brief geschrieben.

Im gesamten Kapitel Wissenschaft heißt es immer „weiterentwickeln“ und „stärken“ - ohne quantitative Zielvorstellungen.

„Im Rahmen der KI-Agenda werden wir unsere Aktivitäten zur Stärkung der rheinland-pfälzischen Wissenschaftslandschaft im Bereich KI deutlich stärken.“ (S. 86)

„Wir werden die Stärkung der Grundfinanzierung konsequent fortsetzen.“ (S. 87)

Die einzige konkrete Zahl sind die bestehenden 450 Medizinstudienplätze für Studienanfänger, die aber nicht aufgestockt werden sollen.

Unsere Forderung bleibt. Wir wollen mindestens 200 zusätzliche Medizinstudienplätze pro Jahr (und eine Verdopplung der Pharmazie-Studienplätze auf insgesamt 190 pro Jahr). Wer Ärzte will, muss Ärzte ausbilden. Das sichert Zukunft!

Ich hätte im Zukunftsvertrag auch gerne mehr zum baulichen Zustand vieler Hochschulgebäude gelesen, um im Veränderungsjahrzehnt die Rahmenbedingungen für die Qualität von Studium und Lehre zu sichern.

12. Kita-Zukunftsgesetz

Auch zur wirklich wichtigen Betreuung unserer Jüngsten und der frühkindlichen Bildung finden sich „mehr blasse Worte als konkrete Perspektiven“ - so die Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft:

Der Vertragstext enthalte weder Perspektiven des Aufbruchs noch Zukunftschancen. Keine konkreten Verbesserungen in Kitas, keine innovativen Impulse.

Das, Frau Dreyer, sind die Worte von Praktikern. Denen können Sie so leicht keinen Sand in die Augen streuen. Leider bejubeln nur Sie selbst ihr Kita-Zukunftsgesetz. Von wegen "gute Rahmenbedingungen für Erzieherinnen und Erzieher". Ihre Zahlen sagen doch nichts über die Realität in den Kitas aus.

Wir brauchen einen eigenen Personalschlüssel für Zweijährige, die doch einen so viel höheren Betreuungsaufwand haben. Aktuell kümmert sich eine Erzieherin um 10 Kinder zwischen 2 und 6 Jahren, Wickeln und Füttern inklusive. Für die Förderung älterer Kinder bleibt im Alltag oft zu wenig Zeit. Und dann kommen Kinder in die Grundschule, die keine Farben mehr kennen und den Stift in der Faust halten.

Frau Dreyer, Sie sagen, das Gesetz sei ein echter Gewinn für Familien. Ganz so einfach ist das leider nicht. Im Gegenteil.

Die finanzielle Lage der Kommunen wird durch die Kosten, die das Gesetz verursacht, weiter strapaziert. Um- und Erweiterungsbauten für Küchen, Essensräume und Ruheräume - hier kommen auf viele Gemeinden Kosten in Millionenhöhe zu. Oder aber - und das wird an ganz vielen Orten leider eintreten - können ohne entsprechende Umbaumaßnahmen weniger Plätze als bislang angeboten werden.

Dann sind Kinder und Eltern, die keinen Kita-Platz mehr finden, die Leidtragenden ihrer Novelle. Das kann und das darf nicht sein!

Anrede,

massive Kritik am Koalitionsvertrag auch von Polizeigewerkschaft, Lehrerverband, Steuerzahlerbund. Der Philologenverband fasst seine Enttäuschung wie folgt zusammen:

“Der Entwurf des Koalitionsvertrages ist geprägt von einer Ansammlung an Leerformeln und Schlagworten.“

Als ob all das nicht genug wäre, auf S. 172 des sog. Zukunftsvertrages der Satz:

„Angesichts der unsicheren Haushaltslage stehen alle in diesem Koalitionsvertrag vereinbarten Vorhaben unter einem Finanzierungsvorbehalt.“

Mit anderen Worten – auf nichts ist in diesem Sammelsurium von Absichtserklärungen Verlass.

Die Rheinpfalz bringt es in einem Vergleich auf den Punkt.

Ich zitiere:

„Eine Stadt beschließt, eine neue Verkehrsampel aufzustellen. Sie verspricht, den Fußgängerüberweg noch sicherer zu machen, den Rückstau bei Autos noch konsequenter zu verhindern und das Radfahren attraktiver zu machen.

Dann schließt sie die Ampel aber nicht an das Stromnetz an, sondern versorgt sie über eine Photovoltaikanlage ohne Batteriespeicher.

Das Ergebnis: Mal blinkt sie, mal nicht. Genauso ist es mit dieser neuen Ampelregierung...“ (06.05.21)

Liebe Aufbruch-Koalitionäre,

warum haben Sie nicht einfach auf wenigen Seiten festgehalten, was sie wirklich und auf jeden Fall realisieren wollen? Projekte mit konkreten Zahlen hinterlegt? Einsparungen aufgezeigt?

Anrede,

diese „Koalition des Aufbruchs“ scheut die Festlegung! Und deshalb ist das eben kein Zukunftsvertrag, auf den Verlass ist, sondern rot-grün-gelber Wackelpudding!

Anrede,

offenbar war der Landesregierung selbst nicht wohl dabei, dass Sie in ihrem Zukunftsvertrag derart im Ungefähren geblieben ist. Also hat Sie unter „Zukunft für RLP“ Kurzfilme produzieren lassen, mit der Überschrift: „5 Fragen, 5 Antworten: Lernt die neue Landesregierung kennen“.

Eine entscheidende Zukunfts-Frage für Rheinland-Pfalz an Herrn Minister Schweitzer lautet: „Wieviel Zeit verbringen Sie am Handy?“

Antwort:

„Die meisten sagen, zu viel. Ich sage, genau richtig viel. Weil ich bin ja inzwischen Digitalisierungsminister, da muss man hin und wieder aufs Handy gucken.“

Anrede,

so hört es sich an, wenn eine Landesregierung Digitalisierung wirklich zur Chefsache macht!

Lieber Herr Schweitzer, ich glaube ja, Sie gucken so oft aufs Handy, um zu schauen, ob Sie noch im Funkloch stecken.

Anrede,

damit sind wir bei dem wirklich großen Vorhaben dieser Koalition:

Der Transformation. Was konkret macht eigentlich der Superminister? Wer das wissen will, wird in einem empfehlenswerten Imagefilm fündig:

Dramatisch-bombastische Musik, die Kamera fährt in die Vogelperspektive, dreht und schwenkt sich – und wir ahnen - jetzt kommt was wirklich Großes auf uns zu: Der Transformator - nach eigenen Worten all-zuständig für - ich zitiere:

- Innovation und Gerechtigkeit.
- Dafür, dass niemand zurückbleibt.
- Dafür, dass alle Menschen geschützt werden.
- In unterschiedlichen Lebenslagen.
- Ob man Beschäftigter ist, Unternehmer, oder Mensch mit Behinderung – in welcher Situation auch immer.“

Anrede,

der Transformator schützt alle! Liebe Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer, ob schnelles WLAN für Schulen, Ladestationen für E-Autos bis hin zum Zukunftswald, Schweitzer macht's – kleiner geht's nicht.

Lieber Herr Schweitzer,

ich hätte schon gerne mehr erfahren, was genau und wie sie es eigentlich transformieren wollen. So würden wir uns für die Bürgerinnen und Bürger freuen,

- wenn Sie Rheinland-Pfalz endlich aus der „digitalen Steinzeit“ (so eine Formulierung des Trierischen Volksfreundes) wenigstens in die frühe Neuzeit transformieren.

- wenn Sie das digitale Schnecken tempo an Schulen in flotte Geschwindigkeit transformieren.
- Wenn Sie tausend angekündigte Wlan-Hotspots und die Digitalisierung vom Papier in die Praxis transformieren.
- Wenn Sie die Behörden in moderne Verwaltungen transformieren und nicht ständig die Digitalisierung verschleppen.
- Wenn Sie Verfahren beschleunigen, Vorschriften und Bürokratie abbauen, damit vor Ort bürgerfreundliche Regelungen und schnellere Entscheidungen möglich machen.
- Wenn Sie Kabelanschlüsse in zukunftsfähige Glasfaseranschlüsse transformieren.

Bis 2025 wollen Sie, will die Landesregierung jedem Haushalt Zugang zum Glasfasernetz verschaffen.

Nur so viel: Laut Deutschland-Index der Digitalisierung des Fraunhofer-Instituts lag die Glasfaserversorgung von Haushalten in Deutschland bei 11,8 Prozent. In Rheinland-Pfalz nur bei 3,8 Prozent.

Anrede,

aus Worthülsen erwächst nicht ein einziger Gigabit-Anschluss!

Wie gut, dass in Ministerien und Landesbehörden noch Hunderte von Faxgeräten und Bleistiften im Einsatz sind – was Frau Dreyer so gerne in ihren Digitalvisionen vom Gigabitland Rheinland-Pfalz unter den Tisch fallen lässt. Ach ja, ins Gigabit-Land ist Frau Dreyer übrigens schon 2018 aufgebrochen... wann kommt sie endlich an?

Anrede,

ich meine, wenn ich mich von der Steinzeit ein paar Jahrhunderte vor-robbe, kann ich auch das als Transformation verkaufen!

Frau Ministerpräsidentin,

was Sie bisher in ihren Regierungsjahren transformiert haben – das war vor allem die Verlagerung vieler Risiken in die Zukunft oder auf die Kommunen!

In der kommenden Legislaturperiode wird sich Politik in einem permanenten Spannungsfeld zwischen Transformation und Tradition, Innovation und Stabilität bewegen.

Frau Ministerpräsidentin,

bitte machen Sie Transformation wirklich zu Ihrem Anliegen!

Aber aus einer Haltung heraus, für unsere Bürgerinnen und Bürger - und nicht für die pure Eigen-PR -Werbung.

13. Bildungspolitik

Anrede,

da sind viele Aufgaben, die vor uns liegen. Eine liegt der CDU-Fraktion, auch mir persönlich, besonders am Herzen: Wir müssen alles dafür tun, damit Bildung nicht zur neuen sozialen Frage wird.

Die meiste Unterstützung brauchen diejenigen, die zu Hause die geringste Unterstützung erfahren und die in einem schwierigen Wohn- und Schulumfeld aufwachsen oder aber sich mit dem Lernen schwertun oder aus Elternhäusern kommen, in denen es an deutschen Sprachkenntnissen fehlt.

Anrede,

Unsere Kinder und Jugendlichen haben ein Recht darauf, optimal gefördert und unterstützt zu werden. Unser Anspruch ist es: Allen Kindern nach ihren Befähigungen einen hoffnungsvollen und glücklichen Weg ins Leben zu ebnen.

Im vergangenen Sommer habe ich zahlreiche Tafeln im Land besucht. Es ist großartig, mit wie viel privatem Engagement hier benachteiligten Menschen geholfen wird, um Härten abzufedern.

Aber wenn hier Kinder und Jugendliche überproportional betroffen sind, zeigt dies, wo wir ansetzen müssen, um Lebenschancen zu verbessern. Und zentral ist hier die Eröffnung von Bildungschancen. Deshalb möchte ich ein besonderes Augenmerk auf die Grund- und die Realschulen legen.

Zu den Grundschulen: In den Klassen kommen zunehmend Kinder höchst unterschiedlicher Herkunft und Voraussetzungen zusammen. Um ein Beispiel zu nennen: Die Ludwigshafener Gräfenschule. 430 Kinder. Davon sprechen 375 nur schlecht Deutsch.

Anrede,

frühe Bildung ist der Schlüssel für eine gelingende Integration für Kinder mit Migrationshintergrund. Und die fängt bereits in der Kita an. Machen wir uns doch nichts vor, die Herausforderungen, hier werden doch in den kommenden Jahren größer und nicht kleiner.

Der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund wächst stetig. Und damit der Förderbedarf für die deutsche Sprache. Laut statistischem Bundesamt liegt der Anteil der Unter-15jährigen jetzt bei rund 40 Prozent. Bei den Grundschulern in Bad Kreuznach schon über 50 Prozent.

Wir brauchen deshalb im letzten Kindergartenjahr Startergruppen und Deutschtests, um Kinder früh an die Hand zu nehmen, um ihnen Chancen zu sichern.

Ich bin ein großer Anhänger, die Chancen digitaler Bildung viel intensiver zu nutzen als in der Vergangenheit, aber gerade bei den Kleinen kommt man mit der Digitalisierung an Grenzen. Grundschullehrer erzählen mir, dass die Kinder den direkten Kontakt brauchen, Gestik und Mimik unmittelbar erfahren müssen, um zu lernen.

Deshalb müssen wir alles dafür tun, dass für Grundschüler der Unterricht in Präsenz stattfinden kann, auch wenn sich im Herbst die Corona-Situation wieder verschlechtern sollte. Und deshalb müssen unsere Schulen flächendeckend mit Lüftungsgeräten ausgestattet sein.

Frau Ministerpräsidentin, Frau Ministerin Hubig,

das haben Sie bisher nicht geschafft!

Der Bund stellt hierfür Hilfen bereit, was eigentlich Ihr Job wäre. Setzen Sie ein "Sofortprogramm Lüftungsanlagen" auf. Und fangen Sie bitte bei unseren Kleinsten in den Grundschulen an! Dann machen Sie weiter bei Real- und Förderschulen! Denn die Schüler dort sind auf eine intensivere Anleitung durch Lehrerinnen und Lehrer angewiesen.

- Online-Angebote am Nachmittag oder auch am Samstag, um vorhandene Lernrückstände auszugleichen.
- Konzepte für hybride Unterrichtsformen am Nachmittag.
- Gewinnen Sie pensionierte Lehrkräfte, Lehramtsstudenten, Referendare oder auch Praktiker, die bereit sind, sich freiwillig zu engagieren, um schwächere Schülerinnen und Schüler zu unterstützen.

Wir als CDU setzen uns für eine gezielte Förderung in der Ferienzeit ein, damit den Schwachen wirklich geholfen wird. Deshalb keine Sommerschul-Inszenierung, sondern echte Hilfestellungen. Nochmal: Ich rede von richtigem Unterricht im Sommer, nicht von einer "Alibi-Betreuung".

Anrede,

dem Technologieland Deutschland fehlt der Nachwuchs. Frau Dreyer, Sie loben das Land für die Kompetenzen im MINT- Bereich. Setzen Sie erst einmal früher an! Sorgen Sie dafür, dass jedes Kind, das die Grundschule verlässt, wirklich lesen, schreiben und rechnen kann. Frau Ministerpräsidentin Dreyer, das wäre echte Zukunftsschule!

Um in Zeiten von Veränderung und Transformation besser zurecht zu kommen, brauchen unsere Jugendlichen Wirtschaftswissen. Eine kürzlich veröffentlichte Studie (des Instituts für Ökonomische Bildung an der Universität Oldenburg) belegt, dass nirgendwo in Deutschland Schülerinnen und Schüler so schlecht in wirtschaftlichen Kenntnissen ausgebildet sind wie in Rheinland-Pfalz.

Dass wir in Rheinland-Pfalz mit deutlichem Rückstand hinter allen anderen Bundesländern auf Platz 16 von 16 liegen - ist ein Armutszeugnis für die Landesregierung! Das führt zu sozialer Ungerechtigkeit! Wenn Schulabgänger keine Grundkenntnisse in Wirtschaftsfragen haben, ist es sehr viel schwerer, ein eigenständiges Leben zu führen.

Frau Ministerpräsidentin,

das muss sich ändern! Wir dürfen nicht zulassen, dass Lehrpläne an Schulen Kinder und Jugendliche im Land zu ökonomischen Analphabeten machen.

Anrede,

in diesem Zusammenhang ist es mir sehr wichtig, dass wir eine Werbeoffensive für die duale Ausbildung in Rheinland-Pfalz starten.

Wir alle wissen, die heimische Wirtschaft, gerade in unseren ländlichen Regionen, hängt stark am Handwerk, unseren rund 53.000 Betrieben.

Auszubildende und Fachkräfte fehlen ebenso wie Betriebsnachfolger. Deshalb muss die duale Ausbildung, müssen die Berufsschulen gestärkt werden!

Die Unterrichtsversorgung an den Berufsschulen ist

- dauerhaft zu schlecht,
- der Lehrermangel zu groß,
- zu oft wird fachfremder Unterricht erteilt.

Es kann nicht sein, dass ein Vertretungslehrer, der eigentlich Gesundheit unterrichtet, wochenweise vorangehenden Elektrotechnikern steht! Zudem lässt die technische Ausstattung der Berufsschulen viele Wünsche nach oben offen.

Frau Ministerpräsidentin Dreyer,

- geben Sie endlich in dieser Legislaturperiode mehr Energie in die duale Ausbildung!
- Sorgen Sie für ausreichend Lehrer an den Berufsschulen!
- Statten Sie die Schulen besser aus!
- Legen Sie ein qualitativ hochwertiges und zeitgemäßes Lehrplankonzept vor!
- Sorgen Sie dafür, dass unsere Jugendlichen optimal auf die digitale Berufswelt vorbereitet werden!

Das wäre im Übrigen die gute "Zukunftsschule", die sie so gern im Munde führen.

Anrede,

Lehrlinge brauchen bessere Unterstützung in der Ausbildung. Deshalb – und ich bleibe auch in dieser Legislaturperiode bei meiner Forderung - müssen Meister und Master gleichgestellt werden. Lippenbekenntnisse helfen nicht, Frau Dreyer. Wir stehen für die kostenlose Meisterausbildung. Und Sie?

Sie darf nicht länger gegenüber dem Studium benachteiligt sein. Gerade vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels wäre Gebührenfreiheit ein wichtiges Signal.

Damit würden wir nicht nur wirkliche Zukunfts-Chancen eröffnen, wir würden auch die heimischen Betriebe stärken!

14. Wirtschaft (CM/AG/BeSe)

Anrede,

uns allen ist bewusst: Es braucht einen neuen Ansatz für Wohlstand, eine Vision wie Klimaschutz und Wachstum verbunden werden können. Eine Vision für eine soziale nachhaltige Marktwirtschaft, in der Wachstum und Ressourcenverbrauch entkoppelt werden.

Anrede,

ja, wir müssen die Erneuerbaren nach vorne bringen. Aber wir dürfen doch nicht alles andere vergessen! Wir brauchen Innovation und Fortschritt. Wir brauchen Technologie-Offenheit. Wasserstoff, Wind, Sonne, Erdwärme, Brennstoffzellen, synthetische Kraftstoffe. Hier liegen ungeahnte Potenziale. Die Industrie zeigt mit ihrem großen Einsatz für Forschung und Entwicklung, was geht und dass noch viel mehr geht! Unsere Ingenieure, unsere Forschenden in RLP, die können's einfach.

Eine emissionsarme Wirtschaft braucht kreative Betriebe. Betriebe, die man machen lässt. Auch wenn das manche hier nicht hören wollen: Innovationen sind der bessere Klimaschützer als Verzicht und Verbote. Unternehmerische Freiheit ist besser als staatliche Gängelung.

Anrede,

Rheinland-Pfalz hat seine Emissionen seit dem Jahr 1990 um rund 37% reduziert. Aber das haben wir der Industrie zu verdanken, das ist ein Erfolg unserer Unternehmer und Arbeitnehmer. Das Land muss mehr tun zur Förderung von Innovationen:

- Weniger als 2% aller Startups in Deutschland lassen sich in Rheinland-Pfalz nieder. Das ist doch eine beschämende Zahl, Frau Dreyer.
- Beispiel Infrastruktur: Die Digitalisierung ist die Lösung für ganz viele Probleme, die ich eben genannt habe: Sei es die Attraktivität ländlicher Räume, der Klimaschutz oder Standortattraktivität.
- Niedersachsen gibt 100 Mal so viel für Forschung & Entwicklung aus wie RLP, skaliert auf dessen wirtschaftliche Stärke.

Die CDU-Fraktion vertraut Unternehmen, damit sie *aus eigener Kraft* in das neue Morgen gelangen. Innovation und Optimismus sind die weitaus besseren Ratgeber als grüne Panik und Schwarzmalerei.

Anrede,

wenn wir beim Klima vorankommen wollen, geht das nur mit den Bürgern. Das zeigt auch die aktuelle Volksabstimmung in der Schweiz. Dort wurde jüngst ein höherer CO₂-Preis abgelehnt - auch deshalb, weil man die Sorgen der ländlichen Regionen nicht ernst genug genommen hat.

Wenn man einfach mal 16 Cent Preisaufschlag für Benzin fordert, aber die Menschen alleine lässt bei der Frage, wie sie ihren Lebensunterhalt zukünftig finanzieren sollen, ist das für Berufspendler und Familien in RLP mit großen Härten verbunden.

Wir brauchen einen Ausbau der Windenergie. Mit einem Ausbau alleine in Rheinland-Pfalz können wir den zusätzlichen Bedarf allerdings nicht abdecken. Wir brauchen beides: Vor allem Offshore, aber auch Onshore. Beim Ausbau bei uns im Land geht dies aber nur, wenn wir einen Ausgleich hinkriegen. Das heißt: Abstände zur Wohnbebauung, die von den Anwohnern akzeptiert werden. Hier geht es um Wohnqualität, es geht darum unsere schöne und lebenswerte Heimat zu erhalten. Eine Schonung unserer schönen Landschaft, unseres Waldes und mehr Artenschutz.

Anrede,

wir bleiben dabei: Die Kommunen und Planungsgemeinschaften müssen eine zentrale Rolle spielen müssen!

Die Politik hat immer auch eine Vorbildfunktion. Verständlicherweise zweifeln die Menschen an unseren Zielen, wenn wir sie selbst nicht einhalten. Und hier gibt es eine gravierende Schwäche der Landesregierung. Im August 2014 haben Sie sich das Ziel klimaneutrale Landesverwaltung gesetzt. Doch seit sieben langen Jahren gibt es nicht mehr als Pilotprojekte. Pilot hier, Pilot da, doch wo bleibt die übergreifende Lösung? Politik für das gesamte Land, statt Alibi-Politik.

Deshalb sagen wir: Wenn Sie Ihrer Vorbildfunktion ernst nehmen, stellen Sie mehr Mittel für die Gebäudesanierung bereit. Auf jedes Gebäude der Landesverwaltung gehört eine Photovoltaik-Anlage. Eine Pflicht zur Errichtung einer Photovoltaik-Anlage für private neue Häuser lehne ich ebenso wie die Regierungspartei FDP ab. Vor allem junge Familien haben häufig nicht die finanziellen Kapazitäten eine Anlage allein zu finanzieren.

Anreize statt Verbote. Dies ist die Grundhaltung meiner Fraktion. Erst die Entscheidung aus freien Stücken verbindet mehr Erneuerbare Energien mit mehr gesellschaftlichem Zusammenhalt. In vielen Fällen ist die Errichtung einer Photovoltaik-Anlage schon heute eine wirtschaftlich sinnvolle Entscheidung. Hier wollen wir ihnen für die Entscheidung helfen: Unser Ziel ist, dass sich die Menschen freiwillig auf Grund der Rahmenbedingungen für eine Photovoltaik-Anlage entscheiden. Dafür stehe ich und dafür stehen wir!

Anrede,

die CDU-Fraktion setzt sich in den nächsten fünf Jahren dafür ein, Klimaschutz durch Innovationen zu betreiben! Wir werben für eine positive Debatte im Bereich Klimaschutz. Wir möchten nicht in Panik verfallen, sondern angetrieben von Mut, Erfindergeist und dem Wettstreit um die besten Ideen auf den Weg machen, unseren Kindern eine bessere Welt zu hinterlassen. Und ich wiederhole, wir wollen diesen Weg gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern gehen.

15. Entwicklung der RLP-Regionen (BeSe)

Anrede,

Rheinland-Pfalz ist für viele Menschen nicht bloß ein Name, nicht bloß ein „Bindestrich-Land“.

Wir leben Zusammenhalt in unserer Vielfalt. Westerwälder, Moselaner, Eifler, Hunsrücker, Rheinhessen und P(f)älzer - in unseren kulturellen und regionalen Wurzeln liegt unsere Stärke. Ein Schatz unserer Heimat ist der Wald.

Frau Ministerpräsidentin Dreyer,

gestern sagten Sie, sie "lieben den Wald". Da haben Sie ja auch ein wunderschönes Bild von unserem Wald hängen.

Nur ist das vielerorts - genau wie ihre Rede - nicht mehr die Realität. Fällt Ihnen was auf? Kein Waldsterben, keine Windräder! Vielerorts, z. B. im Hunsrück müssen Sie weit laufen, um unseren Wald noch so ursprünglich erleben zu können!

Dass unsere Wälder in Sachen Windkraft-Standorte für Sie kein Tabu sind, wissen wir ja schon. Ja, wir brauchen noch viel mehr erneuerbare Energiequellen, das stimmt. Aber es darf nicht auf Kosten unserer Wälder gehen!

Beispiel: Aufforstung! Wenn aufgrund von Baumaßnahmen Wälder gerodet werden, müssen eigentlich Bäume in gleichem Maße wieder gepflanzt werden, um den Verlust zu kompensieren.

Aber, Frau Dreyer, die Pflicht zur Ersatzaufforstung haben Sie 2015 faktisch abgeschafft und aus dem Gesetz gestrichen. Den Gesetzesentwurf der CDU-Fraktion zur Änderung des Landesnaturschutzgesetzes, der vorsah, dass die Pflicht zur Ersatzaufforstung wieder eingeführt werden müsse, haben Sie noch vor zwei Jahren abgelehnt!

Während der Expertenanhörung im Umweltausschuss Ende 2019 nannte ein Professor für Forstwirtschaft das "Bolsonaro-Effekt". Denn Sie machen es wie der brasilianische Präsident: Wald haben wir genug, da kann ruhig ein bisschen was verloren gehen. Nein, Frau Ministerpräsidentin, nicht mit der CDU-Fraktion! Sie lieben den Wald?

Dann sorgen Sie dafür, dass unserer Wälder noch Zukunft haben, dann statten Sie unsere Forstämter ordentlich aus und unterstützen Sie die Waldbesitzer, die vielerorts überfordert sind!

Schluss (PG)

Zukunftsfelder der CDU - Fraktion

In den nächsten Jahren geht es in der Landespolitik darum, Rheinland-Pfalz durch eine Zeit voller Umbrüche zu führen.

Entscheidend wird sein, die darin liegenden Chancen zu sehen - auf dem Weg zu

- klugem Klimaschutz,
- kraftvoller Wirtschaftspolitik,
- umfassender Staatsmodernisierung.

Im Bewusstsein dieser Verantwortung haben wir uns als CDU-Fraktion neue Arbeitsfelder, „Zukunftsfelder“ vorgegeben.

Wie kann eine mutige „Zukunftsgestaltung“ dieser Felder aussehen – im Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern, im Dialog mit Verbänden und der Wissenschaft, mit Experten. Wir haben Felder, Themen, neu miteinander verzahnt:

Heimat und Finanzen

Heimat – ist und bleibt für die CDU ein Zukunftswort.

Der gelebte Alltag zuhause hat in den Monaten mit Corona eine neue Bedeutung erfahren.

- Wie leben wir Heimat in Zukunft?
- Und wie finanzieren wir unsere Heimat?
- Was ist uns besonders wichtig?

Wirtschaft und Arbeit bringen wir zusammen, müssen wir doch als Gesellschaft eine neue Balance zwischen Arbeitsplätzen, Klimaschutz, Wirtschaft finden.

Frau Ministerpräsidentin Dreyer,

vor diesem Ziel wirkt Ihre Ministerienstruktur reichlich uninspiert.

Wir müssen doch Umwelt, Landwirtschaft, Energie, ÖPNV, Lärmschutz als Ganzes denken, um innovativen Umwelt- und Klimaschutz mit dem Erhalt unseres Wohlstands in Einklang zu bringen.

Das, was in der Zukunft neu zusammenwachsen sollte, nein muss, das Konventionelle und das Ökologische – teilen Sie auf zwei Ministerien auf. Damit verhindern Sie eine Landwirtschaftspolitik aus einem Guss!

Und wieso trennen Sie Verkehr und Mobilität? Das ist doch nicht plausibel! Gerade in Zeiten von Unsicherheit und Veränderungen brauchen Bürgerinnen und Bürger einen klaren Ordnungsrahmen. Unsere Gesellschaft – ich habe es eben erwähnt - tut sich zunehmend schwer, mit anderen Meinungen, Orientierungen, Interessen umzugehen.

Integration - uns erwarten hier in den nächsten Jahren große Diskussionen. Frau Dreyer, dazu haben Sie in Ihrer Rede gestern nichts Wesentliches gesagt, obwohl es um eine umfassende, gesamtgesellschaftliche Aufgabe geht. Genauso wie um klare rechtsstaatliche Grenzen.

Leider haben Sie wieder nicht die Integration dem Innenministerium angegliedert. Ein großer Fehler, denn Willkommenskultur, Bleiben, aber auch Rückkehrmanagement oder Gefährderabschiebung gehören in eine Hand.

Und wir müssen auch vorausschauen, damit sich bei der Zuwanderung das Jahr 2015 nicht wiederholt. Deshalb ist aus unserer Sicht dringend zu klären, wie sich die Landesregierung im Hinblick auf zukünftige Fluchtbewegungen positioniert. Welche Bemühungen und Anstrengungen unternimmt die Landesregierung, um die zahlreichen Flüchtlinge in die Gesellschaft zu integrieren? Ins Bildungswesen und ins Arbeitsleben?

Anrede,

es scheint, der Innenminister widmet sich lieber anderen kulturellen Fragen, eröffnet Ausstellungen und kümmert sich um die Generaldirektion Kulturelles Erbe.

Nicht falsch verstehen, eine wichtige Aufgabe. Aber wieder einmal ist für diese Landesregierung Kultur lediglich ein Lippenbekenntnis.

Während der eine Teil der Kulturpolitik ins rot geführte Innenministerium wandert, werden Theater, Orchester, Kunst dem grünen Familienministerium zugeordnet.

Anrede,

auf so einen zerfasernden Ressortzuschnitt muss man erstmal kommen! Für Sie ist Kultur lediglich ein Mittel zum Zweck, die Machtbalance zwischen Koalitionspartnern auszutarieren!

Ein Kulturfördergesetz im Zukunftsvertrag der Koalition – Fehlange. Der Landesmusikrat und der Deutsche Musikrat sprechen enttäuscht von „besorgniserregenden Signalen“, Kultur werde zu einem „Appendix“ degradiert.

Anrede,

Kultur – sie bleibt eine Randerscheinung der Landespolitik, seit Jahren unterfinanziert, die Kulturförderung - Schlusslicht unter den Bundesländern.

Und das ist im Alltag spürbar. Für Künstler, für Musiker, für Theater, für Museen, für Musikschulen, in der Hoch- wie in der Breitenkultur, für unsere Vereine und den Sport im Land.

Anrede,

gerade jetzt, nach Corona, nach heftigen Einbrüchen in der kulturellen Infrastruktur, wäre es so wichtig gewesen, die Weichen für ein starkes Kulturleben in Rheinland-Pfalz zu stellen. Was haben Sie getan? Sie haben die Kulturschaffenden in der harten Corona-Zeit im Stich gelassen und ihnen keinerlei finanzielle Unterstützung geboten!

Einige gute finanzielle Unterstützung haben Sie in dieser Zeit auch den Vereinen verwehrt.

Anrede,

Kultur wirkt in alle Lebensbereiche und politischen Handlungsfelder hinein.

Frau Ministerpräsidentin Dreyer, gerade deshalb hätten Sie doch Zukunftsmut zeigen und Kunst und Kultur als Einheit direkt in der rheinland-pfälzischen Staatskanzlei verorten können. Das wäre ein wirkliches Zukunftssignal gewesen!

Anrede,

denn Kultur ist für den gesellschaftlichen Zusammenhalt unverzichtbar.

Zumal in Krisenzeiten - als Seismograph für Umbrüche und neue Entwicklungen. Mit ihren Angeboten fördern Kunst- und Kultureinrichtungen Lust auf Neues, Kreativität und Toleranz. Künstlerisches Schaffen lebt vom Umgang mit Vielfalt und Innovation.

Anrede,

Kunst, Kultur und Politik, die freie Gesellschaft, bedingen sich gegenseitig. Das eine geht nicht ohne das andere. Erst Kultur in Freiheit verleiht einem Land Identität, Tradition und Werte. Sie stärkt an vielen Stellen das Miteinander und zeigt, dass trotz verschiedener Sichtweisen dieser Welt Gemeinsames gelingen kann.

Anrede,

auf gute fünf Jahre in diesem Haus - damit es gemeinsam gelingt. Für unsere Bürgerinnen und Bürger, für unsere Kinder, für unsere Heimat.

Danke für ihre Aufmerksamkeit.